

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Sicherheitspolitik
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Thomas Papenroth

EINE NEUE ROLLE DER NATO IN DER MITTELMEERREGION?

**FG3-DP 02
April 2005
Berlin**

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin

Telefon +49 30 880 07-0

Fax +49 30 880 07-100

www.swp-berlin.org

swp@swp-berlin.org

Der vorliegende Beitrag wird
veröffentlicht in:

"HansGeorg Ehrhart/Margret
Johannsen (Hrsg.), Brennpunkt
Vorderer Orient: Übernimmt sich der
Westen? Baden-Baden 2005."

Diskussionspapiere sind Arbeiten
im Feld der Forschungsgruppe, die
nicht

als SWP-Papiere herausgegeben

werden. Dabei kann es sich um

Vorstudien zu späteren SWP-

Arbeiten handeln oder um

Arbeiten, die woanders

veröffentlicht werden. Kritische

Kommentare sind den Autoren in

jedem Fall willkommen.

Die NATO und die geostrategische Bedeutung des
Mittelmeeres 3

Der NATO-Mittelmeerdialog 4

Der komplementäre Ansatz des Dialogs zur EU-
Mittelmeerpartnerschaft 5

Skepsis, Prioritäten und Interesse der Dialogländer 6

Optionen für die Fortentwicklung der
Mittelmeerkooperation 6

Politische Optionen 6

Praktische und militärische Optionen 8

Die Istanbul Kooperation Initiative 8

Ziel und Entwicklung 9

Implementierung; die ersten Schritte 9

Schlußfolgerungen und Ausblick 10

Im Kontext der Debatte über Stabilität und Sicherheit im »Erweiterten Mittleren Osten« hat auch der benachbarte Mittelmeerraum erneut Aufmerksamkeit erfahren. Die nordatlantische Allianz ist durch Risiken und Bedrohungen aus der Mittelmeerregion und dem angrenzenden Nahen-/Mittleren Osten gefordert und beabsichtigt, ihre Rolle in der Mittelmeerregion zu stärken und weiter auszubauen. Die Region birgt zum einen Bedrohungen, wie sie etwa der grenzüberschreitende Terrorismus darstellt, der, in Verbindung mit Massenvernichtungswaffen, eine bislang nicht gekannte Dimension annehmen könnte, oder die Ausweitung der internationalen Kriminalität. Zum anderen stellt sie Herausforderungen dar wie z. B. eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen.

Während des NATO-Gipfels in Istanbul im Juni 2004 haben die Staats- und Regierungschefs eine weitere Aufwertung des seit zehn Jahren bestehenden Mittelmeerdialogs beschlossen. Nach Auffassung der NATO-Mitglieder sollte er auf einer kooperativen, partnerschaftlichen Basis weiterentwickelt werden. Zudem wurde eine neue Initiative – die Istanbul Kooperation Initiative (ICI) – gestartet, die interessierten Ländern der gesamten Region die Möglichkeit einer bilateralen, praktisch-militärischen Zusammenarbeit mit der NATO anbietet. In diesem Papier wird die Frage nach einer neuen Rolle der Allianz in der Mittelmeerregion diskutiert, und es werden Optionen ebenso wie Grenzen eines neuen regionalen Engagements nach dem Gipfel in Istanbul aufgezeigt.

Die NATO und die geostrategische Bedeutung des Mittelmeeres

Das Mittelmeer wird zwar als geopolitische Region angesehen; allerdings läßt sie sich schwerlich einheitlich fassen. Es gibt weder eine einhellig akzeptierte Definition für die Mittelmeerregion noch für den an sie angrenzenden Nahen-/Mittleren Osten.¹ Gewiß, je nach sicherheitspolitischer Gewichtung oder historischem Blickwinkel wurden verschiedene Versuche unternommen, diesen Raum zu unterteilen, um einen einfacheren politischen Ansatz zu erhalten. Eine sub-

regional differenzierte Betrachtung des Raumes Mittelmeer war und ist jedoch nicht zielführend, da Entwicklungen in einer jeweiligen Subregion immer auf die gesamte Region ausstrahlen.

Das Mittelmeer verbindet die Kontinente Europa, Afrika und Asien miteinander.² Gleichzeitig trennt es sie in einen ärmeren, weniger stabilen Süden und einen reichen, stabilen Norden. Hierdurch entwickelte sich ein mit Spannungen, Krisen und Konflikten angefüllter geopolitischer Raum, in dem sich amerikanische, europäische, nahöstliche und nordafrikanische Interessen überschneiden.

In den Bereichen Wirtschaft und Energie besteht eine ausgeprägte Interdependenz zwischen Europa und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten. Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland beziehen im statistischen Mittel 25 Prozent ihrer Ölimporte und 44 Prozent der Gasimporte aus den Ländern Nordafrikas.³ Die Länder an der Südküste des Mittelmeeres exportieren 51 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung in die Länder der Europäischen Union (EU) und importieren 53 Prozent aus diesen Ländern. Beachtenswert ist hierbei, daß der interregionale Handel mit der EU bei weitem mehr ausmacht als der intraregionale. Dieser liegt bei gerade einmal 5 Prozent. Gründe hierfür sind zum einen in einer mangelhaften Infrastruktur und vor allem in sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen zu finden. Bestehende Konflikte zwischen den Ländern verhindern hier unter anderem den Abbau von Handelsbarrieren. Die Wirtschaftsleistung der südlichen Anrainerstaaten liegt weit hinter jener der ‚Nordanrainer‘ zurück, wobei Israel die Ausnahme bildet. Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf dieser Länder liegt unterhalb 2000 Euro, das BIP pro Kopf der EU (inkl. der 10 neuen Mitglieder seit Mai 2004) liegt im statistischen Mittel bei 21.100 Euro.⁴ Aus diesem Mißverhältnis erwachsen enorme soziale Spannungen, die vor dem Hintergrund legaler und

¹ Für ein besseres Verständnis, s. den umfassenden Definitionsversuch von Geoffrey Kemp und Robert E. Harkavy, *Strategic Geography and the Changing Middle East*, Washington, D.C., 1997, S. 13f. S. auch Alessandro Politi, *Transnational Security Challenges in the Mediterranean*, in: *Mediterranean Security Into the Coming Millennium*, Stephen J. Blank (Ed.), S. 112, Carlisle, PA, 1999, S. 37f.

² Lothar Rühl, *Strategische Partnerschaften im Mittelmeerraum*, in: *Hannibal ante portas*. Andreas Jacobs, Carlo Masala (Hg.), *Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik* Bd. 61, Ebenhausen, 2000, S. 36.

³ House of Lords Report < <http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/ld200001/ldselect/lducom/51/5103.htm> > (eingesehen am 14.07.04).

⁴ Jahresdaten aus 2003, vgl. < http://www.eu-datashop.de/beitritt/beitritt_daten_bip.htm > (eingesehen am 14.07.04).

illegaler Migration auch die europäischen Länder mit Sorge erfüllt.⁵

Strategische Überlegungen für das Mittelmeer haben mit Beginn des verstärkten Kampfes gegen den internationalen Terrorismus größere Dringlichkeit erhalten. Hier allerdings, im Kampf gegen den Terrorismus, werden auch die Grenzen des Engagements der NATO offenbar, denn sie vermag es nicht, dem Terrorismus den Nährboden nachhaltig zu entziehen. Allenfalls kann sie die erforderlichen Veränderungen militär- und sicherheitspolitisch komplementär begleiten.

Kein Staat in der Mittelmeerregion hätte die Kapazitäten, einen Militärschlag gegen die NATO-Mitgliedstaaten auszuüben. Gleichwohl ist die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen (MVW) und deren Trägermittel gegeben, was nach Überzeugung vieler Fachleute eher von politischem als militärischem Interesse ist.⁶ Die Proliferation von MVW ist aus Sicht der NATO ein zentraler Aspekt des Nord-Süd-Sicherheitsdialogs. Aus der Perspektive Ägyptens beispielsweise ist dieses Thema in erster Linie ein nationales Sicherheitsinteresse von strategischem Rang. Die arabischen Länder sehen sich in direkter Opposition zu Israel und empfinden die Behandlung des Themas MVW durch die NATO als zu einseitig. Aus ihrer Sicht konzentriert sich die Allianz zu sehr auf den Nexus Proliferation und instabile beziehungsweise aggressive Regime und lässt Israels Nuklearwaffen außer Betracht, so daß der Eindruck entsteht, die NATO messe mit zweierlei Maß. Dies gestaltet den Sicherheitsdialog, insbesondere in diesem sensiblen Bereich, nicht einfacher.⁷

Der NATO-Mittelmeerdiallog

Der NATO-Mittelmeerdiallog feierte im Jahr 2004 sein zehnjähriges Bestehen. Im Dezember 1994 von den damaligen NATO-Mitgliedstaaten ins Leben gerufen, startete die Initiative mit Ägypten, Israel,

Mauretanien, Marokko und Tunesien. Im November 1995 gesellte sich Jordanien hinzu; Algerien im März 2000. Ziele des Dialogs waren und sind, einen Beitrag zur regionalen Sicherheit und Stabilität zu leisten, das gegenseitige Verständnis zu verbessern sowie Fehlinterpretationen über Ambitionen und Ziele der NATO im Mittelmeerraum vorzubeugen. Zudem wurde die Komplementarität der NATO-Initiative zu anderen Initiativen betont.

Der Dialog wurde von Beginn an durch die nahezu zeitgleich gestartete NATO-Initiative Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP) in jeder Hinsicht überschattet, gleichwohl entwickelte sich der Dialog graduell weiter. Beim NATO-Gipfel in Madrid 1997 wurde die Mittelmeerkordinierungsgruppe (Mediterranean Coordination Group, MCG) eingerichtet. Diese Gruppe ist direkt unterhalb des Nordatlantikkrates angesiedelt und trägt Verantwortung für die Ausgestaltung des Mittelmeerdiallogs. Im Prager Gipfel-Kommuniqué verankerten die Staats- und Regierungschefs ein Dokument⁸ zur weiteren Aufwertung der Kooperation mit den Dialogländern. Explizit wurden hierin Kooperationsbereiche zur weiteren Intensivierung benannt, wie zum Beispiel Ausbau der Militärbeziehungen, Interoperabilität bei Streitkräften und Aktionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Paradoxerweise haben die terroristischen Angriffe des 11. September 2001 der Initiative eine neue Richtung und damit mehr Klarheit gegeben.⁹ Die Konsultationen verlaufen seither wesentlich konstruktiver und ergebnisorientierter. Die Formate der Zusammenkünfte zeigen sich zweierlei. Es gibt zum einen bilaterale Treffen im Format NATO plus ein jeweiliges Dialogland (NATO plus 1). Diese finden in der Regel einmal pro Jahr statt. Als zweiten Konsultationsrahmen gibt es multilaterale Treffen im Format NATO plus alle 7 Dialogländer. Grundsätzlich finden diese Treffen zweimal im Jahr auf Botschafterebene statt.

Im Gipfel-Kommuniqué von Istanbul wird deutlich, daß der Dialog in eine partnerschaftliche ergebnisorientierte Kooperation fortentwickelt werden soll:

»...wir (laden) heute unsere Mittelmeerpartner dazu ein, eine anspruchsvollere und erweiterte Partner-

⁵ Reinhard Hesse, Fliehkräfte des Fortschritts, Ausblicke auf den Nahen und Mittleren Osten der kommenden Jahrzehnte, in: Internationale Politik, 7 (Juli 2004), S. 7.

⁶ Roberto Aliboni, European Union Security Perceptions and Policies Towards the Mediterranean, in: Stephen J. Blank (wie Fn. 1), S. 126.

⁷ Ian Lesser, Jerrold Green, F. Stephen Larrabee, Michele Zanini, The Future of NATO's Mediterranean Initiative Evolution and Next Steps, < <http://www.rand.org/publications/MR/MR1164/> > (eingesehen am 22.07.04).

⁸ »Upgrading the Mediterranean Dialogue including an inventory of possible areas of cooperation«, < <http://www.nato.int/med-dial/upgrading.htm> > (eingesehen am 02.11.04).

⁹ Alberto Bin, NATO's Mediterranean Dialogue: A Post-Prague Perspective, in: Mediterranean Politics, 7, (Summer 2002) 2, S. 117.

schaft zu begründen, die von dem Prinzip der gemeinsamen Teilhabe geleitet wird und ihren speziellen Interessen und Erfordernissen Rechnung trägt. Das übergeordnete Ziel dieser Partnerschaft wird ihr Beitrag zu regionaler Sicherheit und Stabilität sein, und zwar durch verstärkte praktische Zusammenarbeit, einschließlich der Ausweitung des bestehenden politischen Dialogs, der Verwirklichung der Interoperabilität, der Gestaltung der Verteidigungsreform und des Beitrags zum Kampf gegen den Terrorismus...¹⁰

Gleichwohl ist festzuhalten, daß dem Mittelmeerdialo g bisher zwar rhetorisch eine recht hohe Bedeutung zukam, daß er aber in der Priorität der NATO bezüglich Aktivitäten eine eher nachgeordnete Rolle spielte. Der Fokus der Allianz ist weiterhin auf den erfolgreichen Abschluß laufender Operationen in Afghanistan oder auf dem Balkan gerichtet. Darüber hinaus bestimmen Themen wie die Fortentwicklung von militärischen Fähigkeiten oder die politische Kohäsion des Bündnisses derzeit die Agenda, die eine substantielle Aufwertung der Mittelmeerinitiative eher behindern denn fördern.

Der komplementäre Ansatz des Dialogs zur EU-Mittelmeerpartnerschaft

Im Mittelmeerraum ist neben dem NATO Mittelmeerdialo g vor allem die Europäische Union (EU) mit ihrer EU-Mittelmeerpartnerschaft (Barcelona-Prozeß, BP)¹¹ mit zum Teil anderem Teilnehmerkreis und anderem Schwerpunkt tätig. Der BP bietet eine umfassende Palette an Fähigkeiten, die den Bedürfnissen der Partnerländer am ehesten entspricht. Dies sind vornehmlich Finanzhilfen und Wirtschaftsleistungen, die in den jeweiligen bilateralen Assoziierungsabkommen näher definiert wurden.

Der BP spiegelt sich auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) wider, die unter anderem den Mittelmeerraum als besonderes Interessengebiet der EU betont. Hierbei wird als eines der wichtigsten Ziele die Stärkung der sicherheitspolitischen Komponente

durch Zusammenarbeit bei Konfliktprävention und Krisenbewältigung herausgestellt.¹² An dieser Stelle setzt die Frage nach der Abgrenzung zwischen NATO- und EU-Mittelmeerinitiative beziehungsweise nach Optionen eines komplementären Ansatzes an. Das Potential, das in beiden Institutionen steckt, ist derart umfangreich, daß es zum Vorteil aller, NATO, EU und Dialog-, respektive Partnerländer, genutzt werden sollte. Bisher haben es EU und NATO jedoch nicht vermocht, diese Einsichten in eine effektive strategische Partnerschaft umzusetzen.

Die vorherrschenden Konflikte im Mittelmeerraum, hierbei besonders der ungelöste Nahost-Konflikt, wirken sich auf beide Initiativen gleichermaßen hemmend aus. Ein zwischen NATO und EU abgestimmtes Vorgehen erscheint mehr als sinnvoll, um auf einem gemeinsamen Weg Voraussetzungen zu schaffen vornehmlich für die Lösung der Konflikte, in denen die Entstehung von Terrorismus und Gewalt wurzeln. Hierfür ist ein umfassender sicherheitspolitischer Ansatz erforderlich. Die Koordinierungsmechanismen zwischen NATO – MD und EU – BP sind bislang sehr gering ausgeprägt. Ein Informationsaustausch erfolgt lediglich zwischen der Politischen Koordinierungsgruppe (Political Coordination Group, PCG; NATO) und der Politischen Militärgruppe (Political Military Group, PMG; EU). Eine weitergehende Koordinierung der Initiativen scheitert bis dato insbesondere an der Haltung Frankreichs, das den BP als eigenständige Initiative erhalten und die Autonomie der EU-Politik gegenüber den USA sichern möchte. Zwecks Verbesserung der Koordinierung sollte innerhalb der NATO und EU darüber nachgedacht werden, einen umfassenden Informationsaustausch zwischen beiden Organisationen auf höchster Entscheidungsebene (Nordatlantikrat bei der NATO und Politisches Sicherheitskomitee bei der EU) zu institutionalisieren. Zudem ist zu prüfen, ob weitere kooperative Mechanismen auf der Durchführungsebene eingerichtet werden sollten, um beide Initiativen komplementär gestalten zu können.

¹⁰ Vgl. Communiqué, Treffen des Nordatlantikrates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 28.06.2004 in Istanbul, para 36 < <http://www.nato.int/docu/pr/2004/p04-096d.htm> > (download am 05.10.2004).

¹¹ Die Euro-Mittelmeer Partnerschaft umfaßt insgesamt 35 Mitglieder, 25 EU-Mitgliedstaaten und 10 Mittelmeer-Partnerländer (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Autorität, Syrien, Tunesien und Türkei), Libyen besitzt einen Beobachterstatus seit 1999.

¹² »Der Mittelmeerraum ist generell weiterhin mit ernsthaften Problemen wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Unruhen und ungelöster Konflikte konfrontiert« Rat der Europäischen Union, Brüssel 08.12.2003, < <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/st15/st15895.de03.pdf> > (download am 19.01.05).

Skepsis, Prioritäten und Interesse der Dialogländer

Nach wie vor wird in den Dialogländern die Existenzberechtigung der NATO als militärische Organisation seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes generell in Frage gestellt.¹³ Das Mißtrauen richtet sich vor allem gegen die aktuelle Politik der USA gegenüber der gesamten Region. Unsicherheit herrscht auch darüber, wofür die NATO steht und gegen wen sie sich im 21. Jahrhundert richtet. Außerdem ist es der Allianz bis dato nicht gelungen, ihre Absichten und Ziele im Mittelmeerraum deutlich zu akzentuieren. Das noch immer gültige strategische Konzept, das auf dem Gipfel in Washington 1999 verabschiedet wurde, reflektiert die Balance zwischen der kollektiven Verteidigung und Einsätzen zur Krisenbewältigung. Gerade letzteres hat Sorgen über die ultimativen Ziele und Interessen der NATO in den Ländern des Nahen-/Mittleren Ostens und Nordafrikas entstehen lassen. Diese Haltung wird begleitet von der Frage nach der »versteckten Agenda« der Allianz. Dem NATO-Postulat, wonach das Bündnis praktische Zusammenarbeit komplementär zu anderen Initiativen anbietet, wird gemeinhin nicht geglaubt. Es wird vermutet, daß es vielmehr um die Generierung von Hilfstruppen für NATO-geführte Operationen gehe. Die Entscheidung zur Aufstellung der NATO Response Force (NRF) hat darüber hinaus die Befürchtung genährt, daß die Allianz damit ihre Interventionsbereitschaft erhöhen möchte, was wiederum auch Interventionen in der Mittelmeer-Region zur Folge haben könnte.

Die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Istanbul haben zudem den Eindruck verstärkt, daß es der NATO weniger um eine strategische Vision für den gesamten Raum, sondern vielmehr um ihren eigenen inneren Zusammenhalt gehe. Demzufolge verstehen sich die Dialogländer eher als ‚Objekte‘ der Sicherheitsbedenken der NATO denn als Partner im gemeinsam gestalteten Sicherheitsdialog. Gleichwohl herrscht die grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog mit der NATO vor, wobei sich Israel, Algerien und Jordanien für eine Verbesserung der Beziehungen zum Bündnis einsetzen, während Ägypten, Marokko, Mauretanien und Tunesien dem eher zurückhaltend gegenüberstehen.

Als eines der wesentlichen Hemmnisse stellt sich nach wie vor das unterschiedliche Verständnis der im

Dialog zu behandelnden Sicherheitsfragen dar. Während die NATO-Mitglieder hierunter eher »weiche« Themen wie Streitkräfte-reformen und Grenzfragen verstehen, sind es für die (arabischen) Dialogländer vornehmlich »harte« sicherheitspolitische Fragen, an vorderster Stelle der Israelisch-Arabisch/Palästinensische Konflikt. Aus Sicht der arabischen Dialogländer sollte sich die NATO eindeutiger für eine Lösung dieses Konfliktes einsetzen, auch auf die Gefahr hin, daß andere, subregionale Konflikte in den Vordergrund treten würden.

Wenn die Dialogländer eine eher negative Haltung der NATO gegenüber einnehmen, warum beharren sie dann weiterhin auf einer Zusammenarbeit mit der Allianz? Zum einen ist es wohl eine gewisse Form von ‚Realpolitik‘, die diese Staaten dazu bewegt. Sie betrachten die NATO – und dahinter in erster Linie die USA – als einen Machtfaktor in unmittelbarer Nachbarschaft, mit dem man politischen Umgang suchen sollte, um Einfluß auf Entscheidungen nehmen zu können. Zum anderen bietet der Mittelmeerdiallog den Staaten ein Forum, in dem sie sich Gehör verschaffen und ihre Anliegen vortragen können, um soweit wie möglich ihre nationalen Interessen zu wahren.

Optionen für die Fortentwicklung der Mittelmeerkoooperation

Mögliche Optionen für eine aufgewertete und/oder erweiterte Fortführung des Mittelmeerdiallogs können in zwei Bereichen betrachtet werden: im politischen und im militärisch/praktischen. Diese zwei Bereiche lassen sich nicht scharf voneinander abgrenzen, da sie interdependent wirken. Eine abgrenzende Betrachtung ist jedoch wegen besserer Übersichtlichkeit und größerem Verständnisses geboten.

Politische Optionen

Eine wesentliche Voraussetzung für alle zu betrachtenden Optionen der Weiterentwicklung des Dialogs ist, den Staaten des Mittelmeerraumes das Bild einer neuen ‚transformierten‘ NATO zu vermitteln. Dies ist kein leichtes Unterfangen. Daß die NATO nach der Aufnahme ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten nicht mehr (nur) den ‚Westen‘ repräsentiert, ist noch nicht deutlich genug artikuliert worden. Die momentan alles dominierende Politik der USA wirkt sich in ihrer negativen Perzeption auch negativ auf

¹³ Vgl. Sven Bishop, *Network or Labyrinth? The Challenge of Co-ordinating Western Security Dialogues with the Mediterranean*, Med. Politics, 7, (2002) 1, S. 102.

die Organisation NATO aus. In ihrer neuen Strategie der ‚public diplomacy‘ wählt die Allianz einen anderen Ansatz, um sich den Ländern zu erklären. Im ersten Schritt sollen sogenannte »Meinungsmacher« angesprochen werden. Dies sind insbesondere Regierungsoffizielle verantwortlich für MD, führende Wissenschaftler, außen- und sicherheitspolitische Experten, die Medien und die Geschäftswelt. Nach Vorstellung der Allianz sollen diese als Multiplikatoren wirken und entscheidenden Einfluß auf nationale Entscheidungsprozesse nehmen. Der Ansatz ist zwar richtig gewählt, es sind jedoch Zweifel angebracht ob der Erfolgsaussichten einer solchen Einflußnahme auf politische Entscheidungsprozesse; ist doch die Wissenschaft in den Ländern der südlichen Mittelmeerregion abhängig von der Politik des jeweiligen Regimes. Grundsätzlich bekommen Akademiker führende Positionen nur dann, wenn sie der vorgegebenen Leitlinie der Regierung folgen.¹⁴ Und, bei der neuen Vorgehensweise darf es nicht nur darum gehen, das ‚NATO – Image‘ aufzupolieren, sondern sie muß als ernsthaftes ehrliches Unterfangen mit der praktizierten Sachpolitik koinzidieren.

Diese neue Strategie wird von einem Zyklus von Besuchen hochrangiger NATO-Vertreter, insbesondere des Generalsekretärs, eingerahmt. Während der vergangenen zehn Jahre hat kein NATO-Generalsekretär die MD-Länder besucht, was diese verständlicherweise kritisch vermerkten. Nun ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan. Jaap de Hoop Scheffer hat sich am 13. Jan 2005 in Jordanien aufgehalten und unter anderem ein Gespräch mit König Abdallah geführt. Für Mitte 2005 sind weitere Reisen nach Ägypten, Mauretanien und Tunesien angekündigt.¹⁵

Als eine der möglichen Optionen der Fortentwicklung des MD wurde eine ‚Partnerschaft für die Mittelmeerregion‘, analog der PfP, angeregt. Dieses Ziel ist nach hiesiger Einschätzung kurz- bis mittelfristig nicht zu erreichen. Zunächst läßt sich bei vorhandener Interessengleichheit auf einigen Feldern der soziokulturelle Unterschied zwischen den Nord- und Südanrainern des Mittelmeeres nicht leugnen. Während bei den PfP-Nationen ein eindeutiger Trend hin zu Demokratie und liberaler Marktwirtschaft vorherrscht(e), läßt sich dies in den Ländern der Südküste des Mittelmeeres, mit Ausnahme von Israel, (noch)

nicht feststellen. Zudem sieht das PfP-Rahmendokument eine Orientierung und Übereinstimmung bezüglich gemeinsam formulierter Werte vor. Diese sind unter anderem die Einführung und Einhaltung der Menschenrechte, die Wahrung der Prinzipien des Völkerrechts sowie die Sicherung von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit durch ein demokratisches System. Mit der Teilnahme an PfP verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten zur Bewahrung ihrer demokratischen Gesellschaft mit allem, was dazu gehört.¹⁶ Allerdings sollte man sich bislang noch einer Debatte hierüber enthalten, die sich derzeit sicherlich eher kontraproduktiv ausnimmt; denn dem Versuch, »westliche« Wertesysteme insbesondere den arabischen Staaten zu oktroyieren, wird von diesen äußerst empfindlich begegnet. Diese würde eher kontraproduktiv wirken, als das sie die Regime zum Einschwenken auf diese Grundwerte bewegen würde. Ob das Verfassen eines Grundlagendokumentes zu einer besseren Zusammenarbeit führt, sollte zu einem späteren Zeitpunkt überlegt werden. Anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Mittelmeerdialogs könnte aber eine gemeinsame Erklärung zu seinen Zielen und Ambitionen formuliert werden. Hierin könnten Punkte aus dem PfP-Rahmendokument in angepaßter Form übernommen werden.

Das Programm PfP wird durch die permanente Anwesenheit eines offiziellen Vertreters des entsprechenden Landes im NATO-Hauptquartier sehr positiv beeinflusst, weil es die diplomatischen Beziehungen und die Möglichkeiten des informellen Austausches wesentlich erleichtert. Für die MD-Länder käme diese Option noch zu früh, es würde sie zum Teil auch in personeller Hinsicht überfordern. Außerdem könnte befürchtet werden, daß eine ständige Vertretung bei der NATO ein nicht gewünschtes Signal an die Bevölkerung des eigenen Landes sendete. Die Regierungen jener Länder müssen in dieser Hinsicht also vorsichtig agieren, um die eigene Bevölkerung, der NATO nicht unbedingt gewogen, nicht gegen sich aufzubringen. Jedoch sollte nach wie vor die Abordnung eines ständigen Vertreters zur NATO fester Bestandteil der Agenda bleiben und zu gegebener Zeit umgesetzt werden.

¹⁴ Telefoninterview mit Carlo Masala, NATO Defense College, Rom, am 27.01.2005.

¹⁵ Vgl. Atlantic News, No. 3644, 25.01.2005, S. 2.

¹⁶ NATO Online Library, Partnership for Peace Framework Document, < <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c940110b.htm> > (eingesehen am 25.11.2004).

Praktische und militärische Optionen

Im Gipfel-Kommuniqué von Istanbul entschied sich der Nordatlantikrat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs für eine verstärkte praktische Zusammenarbeit mit den Dialogländern. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Verwirklichung der Interoperabilität, die Gestaltung der Verteidigungsreform und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.¹⁷ Für die praktischen Aktivitäten erstellt die NATO jedes Jahr ein Arbeitsprogramm. Das Arbeitsprogramm für 2004 umfaßte insgesamt 145 unterschiedliche Programmpunkte, aufgeteilt in 22 Bereiche. Der übergeordnete Bereich »militärische Kooperation« ist hierbei eindeutig der größte und hat sich über die Jahre progressiv in Quantität und Qualität fortentwickelt, besonders seit dem Gipfel von Prag, da die MD-Länder auch zu PfP-Aktivitäten zugelassen sind. Im Arbeitsprogramm für 2005 wurden zwei Bereiche zusammengefaßt, so daß es nunmehr 21 Bereiche mit insgesamt 219 Programmpunkten gibt; gegenüber 2004 eine Steigerung um 51 Prozent.

Einer der wesentlichen Kritikpunkte der MD-Länder war die fehlende Konsultation bei der Konzept- und Programmentwicklung und die unzureichende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse bei der Angebotserstellung. Um die Attraktivität des Programms zu erhöhen, sollten die individuellen Ansprüche und Wünsche des jeweiligen Dialoglandes stärker berücksichtigt und bereits in den Entstehungsprozeß eingebracht werden.

Einige Wochen nach dem Gipfel von Istanbul hat sich der Nordatlantikrat für eine Option entschieden, die künftig eine bessere Zusammenarbeit verspricht. Hierbei handelt es sich um die Finanzierung der Teilnahme der MD-Länder an den Programmangeboten der NATO, die bislang grundsätzlich selbstkostenpflichtig war. Diese Regelung hielt in der Vergangenheit viele Staaten von Aktivitäten fern, selbst wenn sie generell für eine Teilnahme motiviert waren. Die Fragen der Finanzierung von MD-Vorhaben sind nun insofern geklärt, als daß die NATO die Kosten für Aktivitäten über den bestehenden »Trust Fund« übernimmt. Voraussetzungen hierfür sind erstens, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen des jeweiligen Landes unterhalb 6.000 US-Dollar im Jahr liegt, zwei-

tens die Kosten mit dem NATO-Budget in Einklang zu bringen sind und drittens die Aktivitäten im jährlichen Arbeitsprogramm aufgelistet werden.¹⁸

Die militärische Kooperation zur Verbesserung der Interoperabilität von NATO- und Nicht-NATO-Truppen sollte verstärkt fortgeführt werden. Aus Sicht der Militärischen Kommission der Allianz ist Interoperabilität ein besonders wichtiges Thema. In diesem Zusammenhang kann die Partnership Coordination Cell (Partnerschafts koordinierungszelle, PCC) eine wichtige Binfunktion einnehmen. Diese »Koordinierungszelle« für militärische Ausbildungs- und Übungsaktivitäten, eigentlich im Rahmen PfP, sollte auch für die Dialogländer Aktivitäten planen und durchführen. Dies würde die militärische Interaktion zwischen NATO und den Dialogländern eindeutig vertiefen.

Die Istanbul Kooperation Initiative

Im Kontext einer transformierten Allianz, die auf neue Herausforderungen zu reagieren habe, entschieden die Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfel in Istanbul im Juni 2004, eine neue Initiative – die Istanbul Kooperation Initiative – zu starten.¹⁹ Dieses Angebot der NATO richtet sich an alle interessierten Länder des erweiterten Mittelmeerraumes und des angrenzenden Nahen-/Mittleren Ostens.

¹⁸ Bis auf Israel (16,390 US-Dollar) werden alle anderen MD-Länder auf diese Art subventioniert. Die Zahlen (2003) im einzelnen: Ägypten, 1,390 US-Dollar; Algerien, 1,890 US-DOLLAR; Marokko, 1,320 US-Dollar; Mauretanien, 430 US-DOLLAR; Tunesien, 2,240 US-Dollar; Jordanien, 1,850 US-DOLLAR. s. < <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/0,,contentMDK:20245702~pagePK:146736~piPK:146830~theSitePK:256299,00.html> > (eingesehen am 13.01.2005).

¹⁹ »Wir haben uns heute ebenfalls entschieden, dem weiteren Mittleren Osten unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit anzubieten, indem wir unsere Istanbul Kooperationsinitiative ins Leben rufen... Die Initiative konzentriert sich auf praktische Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen die NATO einen wertvollen Beitrag leisten kann, besonders im Sicherheits- und Verteidigungssektor. Diese Initiative unterscheidet sich deutlich von anderen Initiativen mit anderen internationalen Akteuren, trägt diesem aber Rechnung und ergänzt sie.« Vgl. Kommuniqué, Treffen des Nordatlantikrates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 28.06.2004 in Istanbul, para 37, wie Fn. 21.

¹⁷ s. Kommuniqué, Treffen des Nordatlantikrates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 28.06.2004 in Istanbul, para 36, wie Fn. 11.

Ziel und Entwicklung

Aus Sicht der Allianz ist das Ziel der Initiative ein neues transatlantisches Engagement mit interessierten Ländern der Region. In ihrem Zentrum steht die praktische Kooperation, welche die regionalen Streitkräfte befähigen soll, gemeinsam mit Truppen der NATO gegen Terrorismus, Proliferation von MVW und Waffenschmuggel vorzugehen. Von der NATO-Expertise könnten die Staaten der Mittelmeerregion im Bereich der Truppenausbildung wie der Verteidigungsreform profitieren.²⁰

Die Einladung gilt für alle interessierten Länder des Mittelmeerraumes und des angrenzenden Nahen-/Mittleren Ostens, welche die Ziele der Initiative unterstützen. Als erste reagierten die Länder des arabischen Golf Kooperationsrats (GCC)²¹ auf diese ‚Einladung‘. Das Interesse der GCC-Staaten an einer Zusammenarbeit mit der NATO begründet sich wohl vornehmlich aus der Sorge ob der Entwicklungen im Irak und in Iran und daraus folgernd der Suche nach Sicherheitsgaranten. Die GCC Staaten haben zudem ein generelles Interesse an einer institutionalisierten GCC-NATO-Beziehung geäußert. Dies wird von der NATO bisher abgelehnt. Das Argument für diese negative Haltung der Allianz ist, daß ICI einen inklusiven, soll heißen, möglichst viele Staaten einschließenden Charakter besitzt. Eine formale GCC-NATO-Beziehung könnte andere interessierte Länder von einer Teilnahme an der Initiative abhalten, deshalb verbleibt ICI im »NATO plus 1 Format«.

Ein interessanter Aspekt ist der Entstehungsprozeß von ICI im Vorfeld des Gipfels in Istanbul. Vor dem Gipfel gab es intensive bi- und multinationale Konsultationen innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten hinsichtlich einer neuen Form des Dialogs oder besser, einer partnerschaftlichen Kooperation in der weiter gefaßten Mittelmeerregion. Während der Konsultationen wurden eindrucksvoll die unterschiedlichen nationalen Auffassungen über die Rolle der NATO in der Mittelmeerregion deutlich. Die USA wollten die NATO unbedingt in ihr ursprüngliches »Greater Middle East-Konzept« einbinden. Es ging ihnen darüber hinaus darum, weitere Partnerländer in der Region zu identifizieren, sei es um Militärbasen einzurichten

oder sich Überflugrechte garantieren zu lassen. Auf europäischer Seite hingegen war zwar der politische Wille vorhanden, die NATO in den Modernisierungsprozeß des erweiterten Mittelmeerraumes einzubinden, aber besonders Frankreich wollte die Autonomie des Mittelmeerdialogs ausdrücklich erhalten und die Einflußnahme der USA möglichst gering halten. Diese Position wurde auch von den Dialogländern unterstützt, da diese den Verlust beziehungsweise eine Einschränkung ihrer besonderen Stellung im Rahmen des Mittelmeerdialogs befürchteten. Die deutsche Haltung in den Konsultationen war, anknüpfend an die Rede von Außenminister Fischer auf der 40. Münchener Sicherheitskonferenz²² und an eine eher zurückhaltende Einstellung hinsichtlich NATO-Initiativen in der Region, das Streben nach einer »transatlantischen Klammer«, auch um den entstandenen Dissens mit den USA wegen des Irak-Krieges abzumildern.

Der Allianz gelang es demzufolge nicht, Einigkeit über ein neues umfassendes ‚Projekt‘ für den Mittelmeerraum und den angrenzenden Nahen-/Mittleren Osten zu erzielen. Als Substitut entstand ICI in der vorliegenden Fassung, sozusagen als Parallelinitiative zum Mittelmeerdialog und Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Implementierung; die ersten Schritte

Nach dem Istanbul-Gipfel wurde innerhalb der NATO recht zügig an der Umsetzung der neuen Initiative gearbeitet. So wurde zum Beispiel eine Koordinierungsgruppe – ICI Cordination Group (ICICG), analog zur Koordinierungsgruppe für den Mittelmeerdialog (MCG) – eingerichtet. De facto sind es dieselben Mitarbeiter, die auch die MCG bilden. Dies ist von Vorteil, denn dieser Stab kennt sich mit Arbeitsabläufen und notwendigen Mechanismen sowie den handelnden Personen der Mittelmeerregion aus. Zudem können die vertretenen NATO-Nationen nicht auf unbegrenzte

²⁰ NATO Policy document 09 July 2004, Istanbul Cooperation Initiative, < <http://www.nato.int/docu/comm/2004/06-istanbul/docu-cooperation.htm> > (download am 11.01.2005).

²¹ Mitglieder des 1981 gegründeten GCC (Gulf Cooperation Council) sind Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

²² »Um erfolgreich zu sein, sollten angesichts dieser großen Herausforderung für unsere gemeinsame Sicherheit die Europäische Union und die USA und Kanada ihre Fähigkeiten, ihre Mittel und ihre Projekte zu einer neuen transatlantischen Initiative für den Nahen und Mittleren Osten zusammenführen«, München, 07.02.2004, < http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse_archiv?archiv_id=5340 > (eingesehen am 12.01.2005).

personelle Ressourcen zurückgreifen, und das derzeit zu leistende Arbeitspensum ist noch überschaubar.

Weiterhin wurde ein vorläufiges Arbeitsprogramm erstellt. Hierbei handelt es sich um einen Extrakt des MD-Arbeitsprogramms. Das vorläufige Programm umfaßt etwa 50 Prozent des MD-Programms und wird den interessierten Ländern als ersten Entwurf angeboten. Die Fragen der Finanzierung von Vorhaben im Rahmen der Initiative wurden in gleicher Weise wie für MD geklärt. Die NATO übernimmt die Kosten für Aktivitäten über den bestehenden 'Trust Fund'. Es gelten auch die gleichen Voraussetzungen wie für MD: Erstens, daß durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen des jeweiligen Landes liegt unterhalb 6,000 US-Dollar im Jahr, zweitens, die Kosten sind mit dem NATO-Budget in Einklang zu bringen und drittens, die Aktivitäten erfolgen im Rahmen des ICI Arbeitsprogramms. Die GCC-Staaten fallen nicht unter diese »Subventionskategorie«, da alle Länder ein höheres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen.²³ Für andere Länder aus der Region, die finanziell weniger gut situiert sind, ist die Finanzierungsfrage jedoch eine der wesentlichen.

Es werden sogenannte NATO-Kontaktbotschaften in den beteiligten Ländern eingerichtet, durch die der Informationsaustausch zwischen der NATO und dem jeweiligen Land zielgerichtet und schnell erfolgen soll. Das primäre Element von ICI ist die praktische militärische Zusammenarbeit. Um den Einstieg in diese möglichst reibungslos zu gestalten, sind entsprechende Sicherheits- und Rechtsabkommen sowie gegebenenfalls weitere erforderliche Abkommen zu erstellen. Zudem ist die Partnerschaftskoordinierungszelle (PCC) beauftragt worden, Optionen zu erarbeiten, wie die Streitkräfte der beteiligten Länder in dieses PfP-Instrument mit einbezogen werden können. Hierbei geht es zunächst um die Einbindung in NATO-Ausbildungs- und Übungsvorhaben.

²³ Die entsprechenden Daten aus 2003: Oman (7,830 US-Dollar), Bahrain (11,260 US-Dollar), Saudi-Arabien (8,530 US-Dollar) und Kuwait (16,340 US-Dollar) s. < <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAREXT/0,,contentMDK:20245702~pagePK:146736~piPK:146830~theSitePK:256299,00.html> > (eingesehen am 13.01.2005). Katar (32,000 US-Dollar) siehe < http://www.bayernlb.de/pf_de/download/offen/1310_volkswirtschaft/laender/Katar1104.pdf > (eingesehen am 13.01.2005). VAE (23,000 US-Dollar) siehe < http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=12&land_id=187 > (eingesehen am 13.01.2005).

Die angesprochenen Länder dieser Initiative haben keine beziehungsweise kaum Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Organisation NATO. Zudem haben sie so gut wie keine Kenntnisse, welches die Ambitionen der NATO in der Region sind, und was sich hinter ICI verbirgt. Die NATO ist aufgefordert, sich und ihre neue Initiative zu erklären und zu erläutern, dies eingebettet in eine 'joint public diplomacy', die auf das jeweilige Land spezifisch ausgerichtet ist. Hierin sind neben der Regierung des Landes auch Oppositionelle, Akademiker, Journalisten und sogenannte Meinungsmacher einzubeziehen. Die erforderliche Nachhaltigkeit dieser Strategie sollte über einen Zyklus regelmäßiger Konsultationen sichergestellt werden.

Eines der wesentlichen Kennzeichen von ICI ist, daß Erfahrungswerte aus anderen Initiativen (PfP und MD) angepaßt konsequent zur Anwendung kommen. So liegt der Fokus explizit auf der praktischen militärischen Zusammenarbeit. Zweitens, die Konsultationen finden ausschließlich im bilateralen Format (26 plus 1) statt. Ob sich hieraus irgendwann ein multilateraler Modus zum Aufbau einer regionalen Sicherheitsarchitektur entwickelt, ist ungewiß. Drittens, die Interessen und Ambitionen des jeweiligen Landes werden im besonderen Maße berücksichtigt. Das Land selbst bestimmt Geschwindigkeit und Tiefe der gewünschten Kooperation. Zu guter Letzt betont die Allianz den komplementären Ansatz von ICI, verbunden mit dem unmißverständlichen Hinweis darauf, daß die Initiative nicht zu NATO/PfP-Mitgliedschaft führen wird und keinerlei Sicherheitsgarantien gegeben werden.

Schlußfolgerungen und Ausblick

Wenn die NATO sich in der Region neu positionieren, den Mittelmeerdialog und ICI in den Kontext des »Broader Middle East« stellen und stärker in ihre übergeordnete Strategie – Partnerschaft, Dialog und Kooperation mit angrenzenden Regionen – einbeziehen möchte, sollte sie zweierlei tun: Erstens, den seit längerer Zeit praktizierten strategischen Dualismus – militärische Macht kombiniert mit Kooperationsangeboten – ernsthaft und transparent weiterverfolgen. Dabei wäre es ehrlich, herauszustellen, daß militärische Planung und Vorbereitung für mögliche nachfolgende Operationen das primäre Anliegen der Allianz sind. Zweitens, sollte die NATO einen neuen Ansatz wählen mit der zentralen Fragestellung, wo der comparative Vorteil der NATO gegenüber anderen Initiati-

ven liegt, und was die Allianz zur Sicherheit in der Mittelmeerregion beitragen kann. Die NATO besitzt in den Bereichen Sicherheit, Militärpolitik und Verteidigung besondere und eigentümliche Fähigkeiten, die sie gegenüber anderen Institutionen hervorhebt. In Zusammenarbeit mit den Dialogländern sollte das besondere Augenmerk auf der Einbeziehung der Dialogländer bereits in der Planungsphase von Aktivitäten liegen. Dies würde unter anderem deren Interessen besser abbilden und darüber hinaus die Erreichung des Ziels von gemeinsamer Teilhabe (joint ownership) unterstützen.

In der weiter gefaßten Mittelmeerregion agiert die Allianz mit einem neuen kooperativen Ansatz. Sie strebt eine Stabilisierung des für die überwiegende Anzahl der NATO-Mitgliedstaaten nahen Umfeldes an, auch weil hier die Interdependenz in Sicherheitsfragen stark ausgeprägt ist. Dabei sollte die Allianz der Versuchung widerstehen, eine großartige strategische Neuauflage ihres Dialogs mit den südlichen Mittelmeeranrainern zu konzipieren, und statt dessen die Politik der kleinen Schritte in Sicherheitsfragen fortführen. Diese Politik würde in der Region eher akzeptiert und könnte gleichzeitig dem Verdacht vorbeugen, daß die NATO als Konkurrent zum BP auftreten möchte. In der Konzentration auf Sicherheitsaspekte liegt einerseits der Vorteil der Allianz gegenüber Initiativen anderer Organisationen, gleichzeitig ist dies aber auch eine Form der Beschränkung, da weitere mögliche politische Handlungsfelder nicht von der Allianz, sondern von anderen Akteuren besetzt werden.

Die Konzentration auf sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen bietet der Allianz in gewissem Umfang die Möglichkeit, Einfluß auf die Modernisierung der Region zu nehmen, auch wenn die praktische Relevanz des Mittelmeerdialogs für grundlegende Reformen in der gesamten Region bis dato sehr gering ausgeprägt ist.²⁴ Die Reformprozesse in Zentral- und Osteuropa zeigen, welche positiven Auswirkungen die demokratische Kontrolle von Streitkräften, zivil-militärischen Beziehungen und Verteidigungsreform auf die demokratische und ökonomische Transformation eines Landes nehmen können.²⁵ Natürlich ist hierbei zu berücksichtigen, daß in Zentral- und Osteu-

ropa andere politische und kulturelle Vorbedingungen vorlagen. Daß die NATO seit ihrer letzten Erweiterungsrunde nicht mehr nur den ›Westen‹ repräsentiert, ist in diese Strategie ebenfalls einzubeziehen und deutlich herauszustellen. Es wird vermutlich noch einige Zeit dauern, bis sich diese Tatsache in allen Köpfen fest verankert hat und zudem maßgeblich von der praktizierten USamerikanischen Politik beeinflusst werden. Ein weiterer förderlicher Aspekt wäre das Nutzen der Erfahrungswerte, die ehemalige Ostblock-Staaten in der Kooperation mit der Allianz gemacht haben. Möglicherweise lassen sich Parallelen finden, wie sich ein ehemals antagonistisches Verhältnis in eine kooperative Partnerschaft oder langfristig sogar in eine Mitgliedschaft wandeln kann.

Die Zeit erscheint noch nicht reif, um einen derartigen Ansatz im Sinne einer ‚Partnerschaft für den Mittelmeerraum‘ zu etablieren. Eines der grundlegenden Ziele von PfP war und ist, eine Veränderung von Politik und Gesellschaft herbeizuführen. Der Mittelmeerdialog ist noch immer eine vertrauensbildende Maßnahme, mit dem Fokus auf regionaler Stabilität und internationaler Sicherheit. Auch wenn die NATO den nächsten Schritt machen möchte und eine Kooperation mit partnerschaftlichem Akzent anstrebt, sollte sie tunlichst darauf bedacht sein, das politische Establishment und die Gesellschaft des jeweiligen Landes nicht zu überfordern, anderenfalls könnte dies ihre eigenen Ziele konterkarieren. Die Streitkräfte, als primäre Adresse der NATO Angebote, bilden in der Region das Rückgrat der Regime. Zweifel sind insofern angebracht, ob die Streitkräfte als Reformpartner tauglich sind, und verstärkte Kooperation nicht eher einer Aufwertung des Militärs gleichkommt, was wiederum eine Stabilisierung der Regime zur Folge hätte und dadurch grundlegende Reformbemühungen ungemein erschwerte.

Da auch in den Staaten der Region die Informationstechnik zunehmend genutzt wird, könnte ein Internetauftritt der NATO in arabischer Sprache die Gesamtstrategie befördern. Parallel hierzu sollte die Allianz auch in aktuelle Druckpublikationen (Bücher, Zeitschriften, etc.) in arabischer Sprache investieren und diese zu niedrigen Preisen insbesondere Akademikern und Studenten zur Verfügung stellen. Auch dies würde zu einer allmählich verbesserten Perception der NATO in der Region verhelfen.

Eine interessante, nach dem Tod von Palästinenserführer Arafat wieder auflebende Debatte ist die Frage nach der Rolle der NATO im Nahostkonflikt. Der NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer, der oberste Be-

²⁴ Volker Perthes, Europa und Amerikas ‚Greater Middle East‘, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik SWP-Aktuell 5, Februar 2004, S. 5.

²⁵ S. hierzu Chris Donnelly, Forging a NATO partnership for the Greater Middle East, in: NATO Review Istanbul Summit Special (2004), S. 27.

fehlshaber in Europa General Jones und auch der Vorsitzende des Militärausschusses General Kujat haben über eine solche Rolle kürzlich laut nachgedacht. Fakt ist, daß das Militärbündnis eine friedensstabilisierende oder -erhaltende Rolle übernehmen könnte und sehr wahrscheinlich auch wird, sollte dies an die NATO heran getragen werden. Fakt ist aber auch, daß dieses Thema derzeit (noch) nicht offiziell auf der Agenda der Allianz steht, da mehrere Vorbedingungen erfüllt sein müssen; sei es das Vorliegen eines Mandates der Vereinten Nationen oder die Zustimmung der betroffenen Parteien.²⁶ Die Äußerungen des Generalsekretärs waren wohl insofern gesteuert, als daß er die NATO in diesem Zusammenhang ins Gespräch bringen und als gewichtigen politischen Akteur herausstellen wollte. Hierbei spielt mit hinein, daß sich arabische Regime, mit Hinweis auf den Konflikt, Reformanstrengungen verweigern und darüber hinaus die Rolle des Militärs durch die Fortdauer des Konfliktes gestärkt wird.²⁷

Die NATO versteht sich als globaler Akteur, komplementär zu anderen Organisationen. Für die Entwicklung der Allianz wäre es wünschenswert, wenn besagte andere Organisationen, allen voran die EU, den komparativen Vorteil der Allianz anerkennen und zum Nutzen aller einsetzen würden. Sollte die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die der NATO nicht abgestimmt und in Einklang gebracht werden, wird sich dies besonders für den Mittelmeerraum nachteilig auswirken, da sich hier die Interessen vieler Akteure überlagern. Diesbezügliche Differenzen würden eher Instabilität fördern, als daß sich eine grundsätzliche Verbesserung der Gesamtsituation einstellte.

Ob die Allianz im Mittelmeerraum künftig erfolgreich sein wird, hängt besonders davon ab, ob die NATO sich authentisch und ernsthaft bemüht präsentiert und dies in der Region auch so wahrgenommen wird. Das Fehlen eines gemeinsamen USEuropäischen Ansatzes für die gesamte Region ist eindeutig nachteilig zu bewerten. Den USA geht es nach wie vor primär darum, den internationalen Terrorismus mit hauptsächlich militärischen Mitteln zu bekämpfen und demokratische Werte zu exportieren, während einige gewichtige ‚Europäer‘ soziale und kulturelle Aspekte in den Vordergrund stellen. Eine zulässige Folgerung hieraus ist, daß es auf absehbare Zeit keine NATO-

Strategie bezogen auf die Mittelmeerregion und den angrenzenden Nahen-/Mittleren Osten geben und die NATO nicht als USEuropäisches Forum für grundlegende Reformen in der gesamten Region fungieren wird. Vielmehr wird sie künftig sehr wahrscheinlich zwei Rollen in der Region spielen. Zum einen eine friedenerzwingende und -erhaltende (vermutlich künftig auch zur Beilegung des Nahostkonfliktes), zum anderen die des Partners in Sicherheitskooperationen, in der die NATO Aufgaben in der Durch- und Umsetzung von Verteidigungsreformen und militärischer Kooperation übernehmen wird. Letzteres komplementär zu weiterreichenden Reformbemühungen anderer Organisationen.

²⁶ S. Atlantic News, No. 3641, 13.01.2005, S. 1.

²⁷ Für eine weitergehende Analyse siehe *Perthes*, S. 5f, wie Fn. 24.